

Haushalt 2016: 1900 Einstellungen müssen verstetigt werden

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Entwurfes des Landeshaushaltes 2016 fand am 20. 10. 2015 die Anhörung zum Personalhaushalt im Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW statt. Der Haushaltsplan umfasst ein Gesamtvolumen in Höhe von 66,992 Mrd. Euro, davon 25,163 Mrd. Euro an Personalkosten. Auf den Polizeihaushalt entfallen 2,952 Mrd. Euro. Der Personalhaushalt der Polizei steigt um 88,14 Mill. Euro auf 2,363 Mrd. Euro an (+ 3,87 Prozent). Gemessen am Gesamtvolumen des Landeshaushaltes wird die Landesregierung auch im nächsten Jahr nicht mehr als 4,4 Prozent für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit aufwenden.

Auch die GdP war zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Seit einigen Jahren verfolgt die GdP NRW bei ihren Stellungnahmen die Strategie, nicht mehr jede Detailforderung zu erheben, sondern nur zu einigen Schwerpunkten gezielt Stellung zu nehmen. In ihrer aktuellen Stellungnahme konnte die GdP den Finanzminister des Landes seit Langem erstmals loben, dafür, dass im Jahr 2015 tatsächlich 1900 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Verbunden hat die GdP dieses Lob allerdings mit der klaren Forderung, diese Einstellungszahl in den

nächsten Jahren zu verstetigen. Denn letztlich bedeuten selbst 1900 zusätzliche Anwärter/-innen nach Abzug der Abbrecher- und Durchfallquote, die zwischen sieben und neun Prozent schwankt, immer noch keine Verstärkung um 1800 neue Polizistinnen und Polizisten – wie von der GdP seit Langem gefordert. Relativiert wird das Lob für den Finanzminister zusätzlich durch die Erkenntnis, dass die erhöhte Einstellungszahl keinesfalls der Einsicht geschuldet ist, dass die Polizei in NRW in den nächsten Jahren bei gleichbleibenden Aufgaben weitere Kräfte verlieren wird. Die erhöhten Einstellungszahlen resultieren einzig und allein aus den besonderen Herausforderungen durch Terrorismus und Flüchtlingszustrom.

Bei all der vorhandenen Genugtuung über die 250 zusätzlichen Einstellungen darf man allerdings nicht außer Acht lassen, dass diese Verstärkungen erst in drei Jahren spürbar



werden – gebraucht wird diese Verstärkung aber schon heute. Daher fordert die GdP 150 zusätzliche Einstellungen im Bereich der Regierungsbeschäftigten. Diese Entlastungen würden sofort greifen. Polizeivollzugsbeamte, die Tätigkeiten von Angestellten übernehmen müssen, könnten stattdessen wieder ihre originären Aufgaben ausüben. Hinzu kommt, dass derzeit viele Stellen im Tarifbereich nicht besetzt sind.

Gleiches wie für die Tarifbeschäftigten gilt übrigens auch für die Verwaltungsbeamten. Hier ist die Personallage noch katastrophaler als im Vollzugsbereich. Durch die fehlenden Verwaltungsbeamtinnen/-beamten können Aufgaben gar nicht oder nur mit Verzögerung wahrgenommen

werden, da diese Aufgaben nicht von Polizeivollzugsbeamten (PVB) übernommen werden können. PVB sind für solche Tätigkeiten nicht ausgebildet. Die jetzige Personalsituation führt

zu nicht mehr akzeptablen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum Teil schon in andere, lukrativere Verwaltungen des Landes oder der Kommunen abwandern. Dadurch verschärft sich die Situation noch zusätzlich, weshalb auch in diesem Bereich dringend Einstellungen erfolgen müssen.

Die in den letzten Jahren sukzessive erhöhten Einstellungszahlen

müssen sich nach Ansicht der GdP auch hinsichtlich der Stellenplanobergrenzen auswirken. Es kann nicht sein, dass 610 Kommissaranwärter/-innen in A 9 zusätzlich eingestellt werden, letztendlich aber nur die Stellen A 10/A 11 erhöht werden. Bei einem Anteil von ca. zehn Prozent Stellen im Bereich A 12/A 13 am gesamten Stellenplan müssen hier die Stellen A 12/A 13 entsprechend ausgeweitet werden.

Abschließend fordert die GdP in ihrer Stellungnahme, dass auch die Zulagen dynamisiert werden müssen und so an der Besoldungsanpassung partizipieren. Das gilt für die Polizeizulage gleichermaßen wie für die übrigen Zulagen aus der Erschwerniszulagenverordnung.

Personalverstärkungen müssen schnell kommen



mehr als schwierig. Hier ist die Landesregierung gefordert, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. Denn gute Polizeiarbeit ist auch von einem guten Backoffice abhängig.

So begrüßenswert es ist, dass jetzt angesichts des Flüchtlingszustroms 250 zusätzliche Einstellungen erfolgen können, die Verstärkungen und damit Entlastungen müssen aber schneller kommen und nicht erst in drei Jahren. Die Polizistinnen und Polizisten in NRW werden selbstverständlich ihren Anteil zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms beitragen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass andere, ebenso wichtige Aufgaben vernachlässigt werden. Wohnungseinbruchskriminalität, häusliche Gewalt, Verkehrsunfälle, Demonstrationen, Fußballspiele, der Katalog der Aufgaben ließe sich beliebig fortsetzen. Hier sind die Kolleginnen und Kollegen nicht weniger gefordert. Daher müssen jetzt schnell spürbare Entlastungen erfolgen. Tarifbeschäftigte könnten diese Entlastung sofort schaffen. Daher ist die Landesregierung gefordert, jetzt im Haushaltsentwurf 2016 dafür die Grundlagen zu schaffen. Noch katastrophaler als im Vollzugsbereich ist die Situation bei den Verwaltungs-beamtinnen/-beamten. Viele Stellen sind unbesetzt. Die Stellen in der Landesverwaltung und vor allem bei den Kommunen sind wesentlich lukrativer. Somit ist auch die Nachwuchsgewinnung

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Bericht der Expertenkommission geht am Thema vorbei – GdP legt umfangreiche Stellungnahme vor

„Thema verfehlt“ – so oder so ähnlich steht es am Rand von Klassenarbeiten, wenn es Schülerinnen und Schülern trotz seitenlanger Ausführungen nicht gelingt, das Aufsatzthema zu erfassen. Aus Sicht der GdP gilt das auch für weite Teile des Abschlussberichts der von Innenminister Jäger eingesetzten Expertenkommission „Bürgernahe Polizei – Den demografischen Wandel gestalten“, der seit Juni vorliegt.

Über den konkreten Auftrag und das Vorgehen der Kommission wurden sowohl die Öffentlichkeit als auch die Beschäftigten der Polizei über weite Strecken im Dunkeln gelassen. Weder wurde auch nur ein Vertreter oder eine Vertreterin des höheren Dienstes der Polizei in die Kommission berufen, noch wurde der Polizei-Hauptpersonalrat in die Arbeit der Kommission mit eingebunden.

Antworten auf die Frage, wie die Kommission sich bürgernahe Polizei in Zukunft vorstellt, oder wie der demografische Wandel sich in der Polizei auswirkt, sucht man in den Ausführungen der Experten weitestgehend vergeblich.

Die auf die Polizei NRW in den nächsten Jahren zukommenden Her-

ausforderungen werden – wenn überhaupt – nur schlaglichtartig beleuchtet. Das ist angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen die Polizei NRW steht und die sich tagtäglich in der Berichterstattung der Medien verfolgen lassen, zu wenig.

Eine zentrale Stellung nimmt das von der Expertenkommission erstellte Gutachten zur Personalstärke der Polizei ein. Der Bericht korrigiert in einem ersten Schritt die Berechnungen zur Prognose der Polizeistärke in NRW hin zu einem weniger dramatischen Szenario. Zwar gibt es auch im Szenario der Kommission einen Personalabbau, der mit einem Fehl von maximal 1526 Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamten (PVB) in der Spitze auskommt. Bis 2031 verbleibt nach der Analyse der Experten dann lediglich ein vergleichsweise geringes Minus von 543 PVB.

Diese Berechnung gelingt aber nur durch zwei Tricks: Zum einen wird als Ausgangsjahr für die Berechnungen das Jahr 2011 gesetzt. Allein dadurch ergibt sich bis 2014 einschließlich ein Personalüberhang bei der Polizei von 593 Stellen. Zum anderen tut die Kommission so, als wäre das Sicherheitspaket aufgabenneutral, so dass ab 2018

bis 2020 einfach nur 360 zusätzliche PVB zur Verfügung stehen, ohne dass dieses Personal aber bereits heute aus bisherigen Aufgaben abgezogen worden wäre. Aber auch ohne diese beiden reichlich unseriösen Tricks geht die Expertenkommission von wesentlich geringeren Abgangszahlen aus, als dies bisherige Rechenmodelle des der Altersstrukturberichts aus dem Jahr 2006 sowie die Berechnungen des MIK aus dem Jahr 2011 getan haben. Dies allerdings ohne zu erklären, warum bisherige Berechnungen überhaupt falsch gewesen sein sollen. Hier besteht aus Sicht der GdP dringender Klärungsbedarf, zumal die Kommission selbst einräumt, dass ihre Berechnungen eine „Schätzung auf einer unvollständigen Datenbasis“ darstellen ...

In ihren Ausführungen zum Thema Aufgabenkritik präsentiert die Expertenkommission lediglich eine Streichliste, die sich – ganz ohne Augenzwinkern – auf genau das zuvor berechnete maximale Fehl von rund 1500 Stellen addiert. Aus Sicht der GdP greift eine solche Betrachtungsweise in vielfacher Hinsicht zu kurz: Zunächst wäre vor der Überprüfung einzelner Tätigkeiten

Fortsetzung auf Seite 4



Ernüchternde Bilanz nach einem Jahr

Anfang August 2014 hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) angekündigt, dass die Polizei in NRW in Zukunft ihre Präsenz in den Fußballstadien und auf den An- und Abreisewegen der Fans deutlich reduzieren wird. Die Verantwortung für die Sicherheit der Zuschauer sollten stattdessen die Vereine selber übernehmen. Selbstreinigungskräfte der Fans sollten zudem dazu beitragen, dass es nicht zu größeren Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fangruppen kommt. Jäger sprach damals von einem Vertrauensvorschuss für die Fans. Auch für diejenigen, die in der Vergangenheit durch gewalttätige Auseinandersetzungen aufgefallen sind. Ein Jahr später fällt die Bilanz eher ernüchternd aus, wie ein Blick in den Anfang Oktober veröffentlichten ZIS-Bericht für die Bundesligasaison 2014/2015 zeigt.

555 000 Arbeitsstunden musste die Polizei in der vergangenen Fußballsaison in NRW dafür aufwenden, dass Zuschauer und Unbeteiligte bei Spielen der beiden Bundesligen, der 3. Liga, der Regionalliga West, bei UEFA-Cup und Pokalspielen vor möglichen Übergriffen geschützt und Straftaten im Umfeld der Spiele verfolgt wurden. In der Bundesliga-Saison 2013/2014 waren es mit 568 000 Stunden nur unwesentlich mehr. Auch die Zahl der gewaltbereiten oder offen gewaltsuchenden Störer ist in der vergangenen Saison nur marginal zurückgegangen, von 4682 auf 4615 Problemfans. Gegen sie wurden 2721 Strafverfahren eingeleitet. In der Vorsaison waren es mit 2742 Verfahren genauso viele. Eine positive Entwicklung gab es dagegen bei der Zahl der Verletzten. Sie sank in der Bundesligasaison 2014/2015 von 386 auf 305 Verletzte. Dieser Rückgang ist allerdings darauf zurückzuführen, dass in den ZIS-Zahlen für die Saison 2013/2014 auch die 80 Verletzten

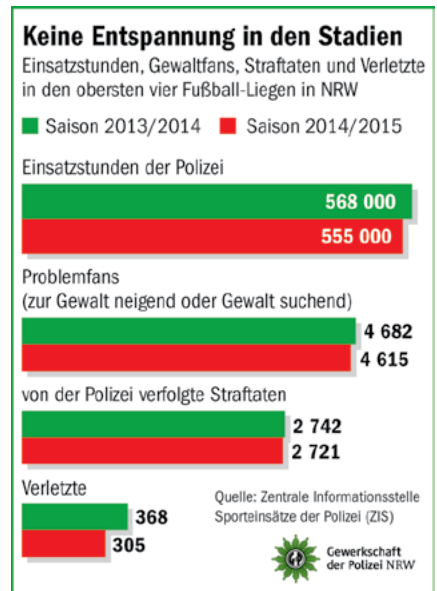
des Spiels Schalke gegen PAOK Saloniki vom 31. August 2013 enthalten sind. Ohne dieses Spiel wäre auch die Zahl der Verletzten konstant geblieben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht sich durch die neuen ZIS-Zahlen in ihrer bereits früh geäußerten Befürchtung bestätigt, dass das neue Sicherheitskonzept der Polizei nicht aufgehen wird. „Offenbar ist die Politik der ausgestreckten Hand, die Innenminister Jäger gegenüber den Fußballfans eingeleitet hat, von einem Teil der Fans nicht angenommen worden“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden der Zahlen „Das ist eine fatale Entwicklung, weil wir angesichts der enormen Arbeitsbelastung der Polizei dringend eine Entlastung beim Fußball brauchen“, fügte er hinzu.

Positiv bewertet die GdP dagegen, dass die Polizei in NRW in der vergangenen Bundesligasaison verstärkt mit Meldeauflagen, Bereichsbetretungsverboten und mit personalisierten Eintritts-

karten bei Hochrisikospielen gegen bekannte Gewalttäter unter den Fans vorgegangen ist. „Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen und dafür sorgen, dass diejenigen unter den Fußballfans, die in der Vergangenheit immer wieder durch gewalttätige Übergriffe aufgefallen sind, gar nicht erst zu den Spielen anreisen können“, sagte Plickert.

Trotz des neuen Einsatzkonzepts bei den Fußballspielen verharrte in der vergangenen Bundesligasaison sowohl die Zahl der geleisteten Einsatzstunden, als auch die der Problemfans und der in den Stadien und ihrem Umfeld begangenen Straftaten auf einem nahezu unverändert hohen Niveau. Eine positive Trendwende gab es lediglich bei der Zahl der im Umfeld der Spiele Verletzten. Sie sank um 21 Prozent auf 305 Verletzte. Dieser Rückgang ist allerdings darauf zurückzuführen, dass in den ZIS-Zahlen für die Saison 2013/2014 auch die 80 Verletzten des Spiels Schalke gegen PAOK vom 31. August 2013 enthalten sind.



Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • G. Salk • Dr. M. Müller

Oberdießemer Str. 96 · 47805 Krefeld
Tel.: 0 21 51/4 99-0 · Fax 499 299



Fortsetzung von Seite 2

im Bereich polizeilicher Kernaufgaben eine grundlegende Bestandsaufnahme der Belastungssituation zwingend erforderlich gewesen. Genau das macht die Kommission aber nicht. Hier hätte bereits ein kurzer Blick in die einschlägigen Kriminalitäts-, Verkehrsunfall- und Einsatzstatistiken ausgereicht, um festzustellen, dass die Aufgaben in den vergangenen Jahren sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zugenommen haben.

Weiter berechnet die Kommission ihre „Einsparpotenziale“ lediglich durch „Hochrechnung von Arbeitszeitanteilen“ für einzelne Tätigkeiten, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob der Wegfall etwa der Entgegennahme von Fundsachen auch dazu führt, dass Stellen tatsächlich unbesetzt bleiben können.

Völlig unberücksichtigt bleiben im Bericht der Expertenkommission Synergiepotenziale, die der Einsatz zukunftsweisender moderner Technik sowie die Straffung von Organisationsabläufen bieten. Es wäre aus Sicht der GdP Aufgabe der Kommission gewesen, hier Handlungsfelder zu identifizieren und Strategien zu entwickeln. Vielversprechende Ansatzpunkte hierfür sind bereits in der Vergangenheit bereits durch die GdP benannt worden:

- Die Abschaffung der verpflichtenden Blutprobe zugunsten einer Atemalkoholkontrolle zur Feststellung der Fahruntüchtigkeit.
- Die Einführung der Halterhaftung für Verstöße auch im fließenden Verkehr.
- Die Überprüfung der Vorgangsbearbeitung (IGVP).
- Die Modernisierung der technischen Ausstattung der Funkstreifenwagen.
- Der Einsatz Mobiler Endgeräte zur Informationserfassung, z. B. bei der Unfall- oder Tatortaufnahme.

Wer die Hoffnung hatte, dass die Expertenkommission sich umfassend mit einer Strategie zum Einsatz digitaler Technik in der Polizei auseinandersetzt, wird durch den Bericht enttäuscht. Aus Sicht der GdP wäre es aber gerade wichtig gewesen, die Möglichkeiten und Risiken klar zu identifizieren. Wer sich mit Zukunftsfragen der Polizei auseinandersetzt, muss eine realistische Einschätzung dazu abgeben, wie sich durch den Einsatz digitaler Technik die Aufgabenwahrnehmung unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe und der demografischen Entwicklung verändert.

Die überwiegende Mehrzahl der im Einzelnen durch die Expertenkommission betrachteten Aufgaben

sind aus einer isolierten Betrachtung heraus jedenfalls bestenfalls nicht geeignet, einen nennenswerten Beitrag zur Lösung der demografischen Herausforderung zu leisten. Im schlimmsten Fall bedeuten sie eine Abkehr vom Prinzip einer bürgernahen Polizei zum Preis einer wesentlichen Verlagerung des Personalaufwands auf die Kommunen.

Auch durch Veränderungen der sogenannten Äußeren Aufbauorganisation lassen sich Personaldefizite nicht ausgleichen. Dass es unterschiedliche Modelle zur sogenannten Äußeren Aufbauorganisation gibt, ist seit Jahrzehnten bekannt. Dass aber die drei Polizeiexperten im Ergebnisbericht jeweils ein Modell vorschlagen, erstaunt schon sehr. Eine nachvollziehbare Bewertung der Modelle auf der Grundlage von transparenten Bewertungskriterien fehlt.

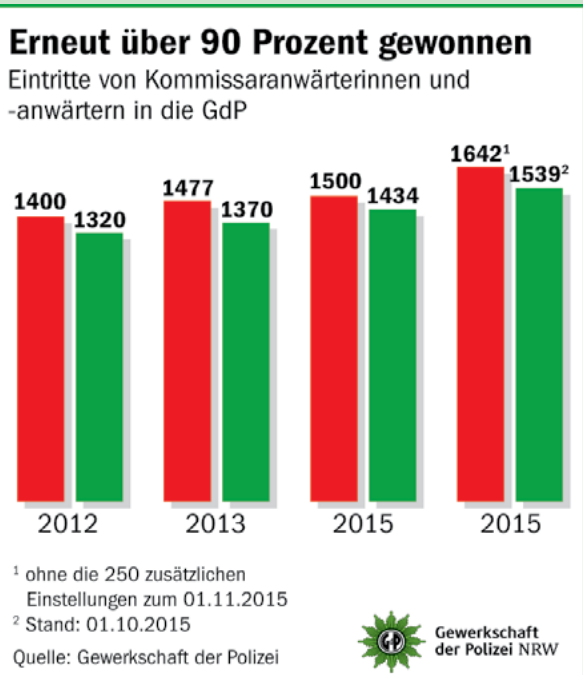
Lohnenswert ist für die GdP zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohnehin nur eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Regionalisierungsmodell. Doch auch dafür gilt: Viele der einzelnen Vorschläge haben noch keine Entscheidungsreife bzw. sind in der vorgeschlagenen Form nicht tragbar. Fest steht für die GdP aber vor allem eines: Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen einer steigenden Einsatzbelastung und einer angespannten Personalsituation fehlen für eine umfassende Neustrukturierung der Polizei schlicht die Ressourcen.

Im Ergebnis kommt die Stellungnahme der GdP zu dem Schluss, dass im Bericht der Expertenkommission weder ein roter Faden zu finden ist, noch pragmatische Lösungsansätze zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen die Polizei steht. Die Herausforderungen sind auch jenseits der aktuell dominierenden Flüchtlingskrise unbestritten. Deshalb hat die GdP eine umfangreiche Stellungnahme mit ersten Bewertungen der Vorschläge abgegeben.

Die GdP erwartet jetzt eine Klärung der zahlreichen offenen Fragen und im Anschluss einen Dialog auf Augenhöhe mit den Beschäftigten, ihren Personalvertretungen und Gewerkschaften. Der von Innenminister Jäger beauftragte Expertenzirkel hat genau das nicht geleistet.

Die Stellungnahme der GdP geht auf 40 Seiten detailliert auf den Abschlussbericht der Expertenkommission ein und kann unter www.gdp-nrw.de abgerufen werden.

Die GdP sieht Kommissaranwärterinnen und -anwärter vom ersten Tag ihres Berufslebens als Kolleginnen und Kollegen an. Deshalb hat die GdP an allen Ausbildungsstandorten ein breites Service- und Beratungsangebot entwickelt, um den angehenden Nachwuchspolizisten den Einstieg in den Polizeiberuf zu erleichtern. Keine andere Gewerkschaft bietet ihren Mitgliedern ein vergleichbares Angebot. Deshalb sind auch in diesem Jahr erneut mehr als 90 Prozent aller Kommissaranwärterinnen und -anwärter in die GdP eingetreten.



SEK-Auflösung: GdP fordert Rückkehr zu einem rechtsstaatlich einwandfreiem Verfahren



Foto: Björn Trotski

Polizisten, die sich fehlverhalten haben, müssen sich dafür verantworten. Erweisen sich die erhobenen Vorwürfe als berechtigt, kann dies strafrechtliche und/oder dienstrechtliche Ermittlungen und Konsequenzen nach sich ziehen. Dies ist ein völlig normaler Vorgang in einem rechtsstaatlichen System. Diese Linie hat die GdP immer vertreten. Richtig ist im Rechtsstaat aber auch, dass es bei Polizisten keine öffentliche Vorverurteilung geben darf. Dies gilt erst für die eigenen Vorgesetzten. Gegen diesen Grundsatz hat aus Sicht der GdP sowohl das Düsseldorfer Innenministerium sowie Polizeipräsident Wolfgang Albers mit der Entscheidung des Kommandos SEK 3 der Spezialeinheiten Köln im laufenden Verfahren, ohne eine Anhörung der beteiligten Kollegen, aufzulösen, massiv verstoßen. Die bisher erhobenen Vorwürfe des massiven Verstoßes gegen die Menschenwürde, gegen moralische Grundprinzipien sowie erniedrigenden und demütigenden Aufnahmeverfahren wurden alle von der ermittelnden Staatsanwaltschaft Aachen nach § 170 II StPO eingestellt.

Was weiter verwundert ist, dass die Personalmaßnahmen umgesetzt werden sollen, ohne das erstens der Bericht des LKD a. D. Herrn Gatzke, der zu den Kölner Vorfällen als Beauftragter des PP Köln eingesetzt war, sowie zweitens die Inspektionsergebnisse der durchgeführten Sonderinspektion der anderen Standorte noch nicht vorlagen bzw. ausgewertet wurden. Diese Verfahrensweise widerspricht zutiefst den vom Innenministerium propagierten und eingeforderten Grundsätzen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und nachgeordneten Beamten. Landesvorsitzender Arnold Plickert: „Insbesondere durch den medialen und politischen Umgang mit den im Raum stehenden Vorwürfen (hierzu gehören auch die Aussagen des Abteilungsleiters 4, Herrn Düren, im Innenausschuss am 24. 9. 2015 – in Bezug auf Körperflüssigkeiten) ist aus Sicht der GdP aber auch der Kollegen in den Spezialeinsatzkommandos Folgendes zwingend erforderlich.“

- Kein Vertuschen, Decken oder Dulden von offensichtlichen Rechtsverstößen.
- Konsequente Maßnahmen bei festgestellten Rechtsverstößen.
- Keine „Reflex-Reaktionen“ auf mediale/politische Kritik bzw. ungeprüfte/unbestätigte Vorwürfe.
- Keine Personalentscheidung aufgrund unvollständiger/ungesicherter Informationslage.
- Keine Personalentscheidung ohne dass das laufende Disziplinarverfahren abgeschlossen ist.
- Keine Verfolgung eines Generalverdachts gegen alle anderen Standorte.
- Wahrung der personalvertretungsrechtlichen Rechte der betroffenen Kollegen und
- Betreiben einer objektiven internen/externen Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer neutralen Informationsübermittlung.

Wie die GdP aus Gesprächen mit Angehörigen der Spezialeinheiten, die in weiten Teilen nicht Gegenstand der Personalmaßnahmen waren, erfahren hat, ist das Vertrauen, insbe-

sondere der Angehörigen der Spezialeinsatzkommandos, in die politische/ministerielle „Führung“ und die Wahrnehmung von Aufsicht, durch den Umgang im Zusammenhang mit den Ereignissen in Köln nachhaltig beeinträchtigt.

Die Aufgabenwahrnehmung der Spezialeinsatzkommandos in der operativen Bekämpfung der schwerstkriminellen, der Festnahme bewaffneter und/oder gewalttätiger Personen sowie der Terrorbekämpfung und die damit verbundenen Entscheidungen, verlangen sowohl den Einsatzbeamten, als auch den Führungskräften ein hohes Maß an Professionalität, Entschlossenheit und emotionaler Beherrschtheit ab.

Die Einsätze der Spezialeinheiten sind in der Regel hoch risikobehaftet und verlaufen trotz aller Professionalität nicht immer idealtypisch oder gar abweichend.

Insbesondere die wahrgenommenen Reaktionen im Zusammenhang mit den Sachverhalten in Köln, als auch im Nachgang zu einzelnen Einsatzmaßnahmen der SE sind nach hiesiger Bewertung nicht geeignet, die bestehenden Aufgaben in einem kooperativen und vertrauensvollen Klima gemeinsam zu bewältigen.

Wünschenswert wären „erlebbare“ Vertrauensbeweise auf ministerieller und politischer Ebene, sowohl nach innen wie auch nach außen, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Über den Kölner Fall hinaus, sieht die GdP im Vorgehen gegen die betroffenen Kollegen eine grundsätzliche Strategie. Geraten einzelne Polizisten in den Verdacht, sich nicht konkret verhalten zu haben, werden sie öffentlich diskreditiert und umgesetzt. Diese Maßnahme bleibt selbst dann bestehen, wenn sich die Vorwürfe später als falsch erweisen, so wie im Fall des Münsteraners Diensthundführers. Diese Vorgehensweise wird die GdP auch zukünftig nicht akzeptieren und Widerstand entgegensetzen.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.11. Erika König, Düsseldorf
Käthe Schmitz, Telgte
- 5.11. Klara Müller, Fröndenberg
- 8.11. Erna Meyer, Dortmund
- 9.11. Edmund Bender, Unna
- 12.11. Heinz Gärtner, Duisburg
- 14.11. Hermann Kulms,
Übach-Palenberg
- 16.11. Hans Broszio, Hagen
- 22.11. Paul Neeff, Solingen
- 26.11. Herbert Himmelmann,
Holzwickedede
- 28.11. Irmgard Schweitzer, Remscheid

91. Geburtstag

- 1.11. Paula Brenner, Bornheim
- 15.11. Heinz Drechsler, Minden
- 19.11. Hans Goertz, Mönchengladbach
Christa Rhinow, Göttingen

- 20.11. Wolfgang Stelzer, Düsseldorf
- 21.11. Hanna Schöneberger, Gütersloh
- 26.11. Willi Schäfer, Solingen
- 28.11. Manfred Klinke, Bad Oldesloe

92. Geburtstag

- 2.11. Hildegard Krüger, München
- 6.11. Maria Stevens, Krefeld
- 17.11. Margarete Wolf, Düsseldorf
- 19.11. Werner Tüllmann, Mülheim
- 20.11. Thea Monschau, Jülich
- 23.11. Hans Küppers, Duisburg
- 29.11. Erich Konieczny, Bottrop

93. Geburtstag

- 1.11. Franz Kozak, Hilden
- 2.11. Liesbeth Goray, Gelsenkirchen
- 3.11. Willi Dirx, Willich
- 9.11. Friedrich Langwieler, Essen
- 10.11. Alfred Hauck, Solingen
- 15.11. Artur Nikutta, Münster
- 24.11. Robert Stark, Porta Westfalica
- 30.11. Gertraude Kraus, Köln

94. Geburtstag

- 11.11. Ilse Wiertz, Dortmund

- 26.11. Richard Gartmann, Düsseldorf

95. Geburtstag

- 12.11. Theodor Albrecht, Bottrop
- 14.11. Therese Ochsenbauer,
Remscheid
- 17.11. Maria Gring, Essen

96. Geburtstag

- 3.11. Richard Dürscheid,
Bergisch-Gladbach
- 13.11. Werner Voigt, Wipperfürth
- 26.11. Herbert Verbeeck, Köln
- 28.11. Erika Karbach, Hagen
Lieselotte Nachtigall,
Oberhausen

97. Geburtstag

- 6.11. Eduard Wessiepe, Haan

99. Geburtstag

- 11.11. Klaudia Feiler, Dortmund

103. Geburtstag

- 17.11. Ludowika Niß, Hagen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Dezember-
Ausgabe ist der 2. November 2015.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

Erstes landesweites GdP-Kartrennen



Erstmalig durfte der Landesbezirk 120 Kolleginnen und Kollegen aus NRW auf der Kartbahn „Cool Runners“ in Gevelsberg begrüßen, um in einem Vier-Stunden-Kartrennen den großen GdP-Pokal auszufahren. Nach einem Qualifying und zwei Wertungsläufen, sind die jeweils fünf besten Teams in das große Finale eingefahren. Nach einem spannenden und fairen Rennen stand am Ende die Mannschaft „Hagen 1“ auf dem Siebertreppchen ganz oben. Platz 2 ging an „Dortmund Nord“ und Platz 3 an „Hagen 2“. Alle Kolleginnen und Kollegen konnten das Rennen hautnah direkt an der Rennstrecke verfolgen. Für das leibliche Wohl wurde in regelmäßigen Abständen durch „Flying Pizza“ gesorgt. Dem Kollegen Philipp Schmitz, Junge-Gruppe-Vorsitzender aus Ennepe-Ruhr, gefiel das Rennen sehr gut. „Es sei viel, aber gesunder Ehrgeiz unter den Kollegen zu spüren.“ Seine Mannschaft hatte eine Menge Spaß und Gelegenheit sich mit anderen Kollegen auszutauschen. Jedoch, ihr Vorhaben den Pokal mit nach Hause zu nehmen, haben sie in diesem Jahr nicht geschafft, wollen es aber im nächsten Jahr noch einmal versuchen.





16. Landesseniorenreise

20. April - 4. Mai 2016

4,5*- Aparthotel Viva Bahia

Playa de Muro / Mallorca

Eingeschlossene Leistungen:

- ♦ Zug zum Flug in der 2. Klasse
- ♦ Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen nach Mallorca
- ♦ Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- ♦ 14 Übernachtungen im Appartement bzw. Studio (zur Alleinbenutzung)
- ♦ Alles Inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- ♦ 1 Tagesausflug inklusive Mittagessen
- ♦ Deutschsprachige Reiseleitung
- ♦ GdP-Reisebegleitung

Reisepreis pro Person im Appartement

ab € 1277,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

Mitglieder werben – und die GdP sagt Dankeschön!



Jedes Mitglied, das im Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 2015 ein neues Mitglied für die GdP wirbt, nimmt automatisch an unserer Verlosung

teil und hat die Möglichkeit, als Hauptgewinn einen „Weber Classic Gasgrill“ (Spirit E210 Classic) oder ein Skiwochenende im Wellnesshotel (für zwei Personen innerhalb Deutschlands) zu gewinnen.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

3. Dezember, 15 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen-Forst,

Anmeldung bei Ralf Dünzer, Telefon 02 41/95 77-2 30 02, Anmeldeschluss 30. November 2015

Kreisgruppe Coesfeld

25. November, 14:30 Uhr, Senioren-Adventsfeier, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen

Kreisgruppe Düsseldorf

30. November, 15:00 Uhr, Senioren-Adventsfeier mit Ehrung der Jubilare, Schützenhaus Eller, Heidelberger Str. 4, 40229 Düsseldorf

Kreisgruppe Essen/Mülheim

2. Dezember, 15:00 Uhr, Senioren-Jahresabschlussfeier mit Ehrung pensionierter Jubilare, Hotel Franz, Steeler Str. 261, 45138 Essen, Anmeldung und nähere Informationen GdP-Büro, Di.–Fr. von 9–12 Uhr, Telefon 02 01/8 29-24 80, Selbstkostenbeitrag 7,50 €, begrenzte Teilnehmerkapazität

Kreisgruppe Köln

19. November, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln, Ira Reupke, Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie zum Thema seelische Er-

Glücksnummern des Monats

45 29746
Marc Mühlhahn, Siegen
45 29721
Linda Welge, LKA
45 29763
Sabrina Eckart-Peters, Köln
45 29751
Ralf Rudebusch, Münster

Die Gewinner erhalten eine GdP-Umhängetasche "Country".

krankung im Alter. Der Vorstand hofft auf rege Teilnahme.

KG Autobahnpolizei Münster

27. November, 15:30 Uhr, Adventskaffeetrinken, Hammer Straße 234, 48153 Münster, Raum 205, Anmeldung Franz Eisenberg, Telefon 02 51/2 75-10 06 oder Ulla Spielbrink, Telefon 02 51/2 75-14 01, Email gdp.apms@web.de

GdP aktiv

4. 11., Kriminalforum „Eigentums-kriminalität – Bekämpfung in Strategie und Praxis“, Bürgersaal, Düsseldorf Arcaden, Bachstr. 145, 40217 Düsseldorf, Anmeldung: 02 11/ 2 91 01 10

4. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bielefeld, 16:30 Uhr, Gaststätte Fichtenhof, Heinrich-Förke-Straße 5, 33605 Bielefeld

12. 11., Winterlesung der Krimi-Cops, 19:30 Uhr, ZAKK, Fichtenstraße 40, 40233 Düsseldorf. Karten 5,00 € inkl. Softdrink: stefanie.bauer@gdp-nrw.de, 02 11/2 91 01-12 oder Kreisgruppe Düsseldorf, Harald Walter,

02 11/8 70-20 50, harald.walter@polizei.nrw.de

13. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 18:30 Uhr, Stadthalle Mülheim, Infos und Kartenbestellung: 02 01/8 29-85 36

16.11., Tarifforum, 9:30 Uhr, Westfalenhallen Dortmund, Silbersaal, Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund

18. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14:00 Uhr, Landwirtschaftsschule, Rütger-von-Scheven-Straße, 52349 Düren.

18. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14:30 Uhr, Sig-

nal-Iduna-Versicherung, Saal 152, Alter Mühlenweg 78, 44139 Dortmund (gegenüber PP Dortmund). In dieser Versammlung wird in diesem Jahr auch wieder die Jubilarerhebung durchgeführt. Alle Jubilare erhalten eine persönliche Einladung.

25. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 14:30 Uhr, Landhaus Ellernkrug, Detmolder Straße 315, 32791 Lage

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten (ehemals Schützenhof), Dammstr. 33, 58791 Werdohl

NACHRUF

Alwine Körrenzig	12.10.22	Aachen	Hildegard Woiczik	11.05.21	Gelsenkirchen
Hannelore Drey Müller	18.06.31	Bielefeld	Hans Jürgen Schneider	15.09.25	Hagen
Joachim Blum	24.04.33	Bonn	Horst Hoven	16.09.24	Hochsauerlandkreis
Lothar Weinhold	08.12.76	Bottrop/Gladbeck	Josef Floren	18.10.41	Höxter
Heinz Spitz	23.11.44	BZ Linnich	Jakob Ringhof	23.06.25	Köln
Klaus Schumann	05.04.30	Dortmund	Wolfgang Tretschok	29.01.40	Köln
Erhard Domnowski	22.08.33	Düsseldorf	Bettina Höltke	14.04.60	Lippe
Angelika Püllen	10.07.59	Düsseldorf	Günter Nürnberg	29.08.46	Selm
Otto Kult	04.09.13	Essen/Mülheim	Ulrich Lampert	30.06.56	Steinfurt
Thorsten Köppen	25.11.67	Gelsenkirchen	Emmi Klinge	13.04.23	Wesel

